

Unseren Anliegen den Weg ebnen.

## **Wer nicht politisiert...**

Der Lohn, die Personalversicherung, die Personalbestände und damit der Belastungsgrad des Bundespersonals, auch des SBB- und PTT-Personals, werden letztlich durch die eidgenössischen Räte festgelegt. Die Wählerinnen und Wähler dagegen entscheiden über die Zusammensetzung des Parlamentes. Interessen wahren heisst also die Devise. Wer nicht politisiert, mit dem wird politisiert, das ist eine alte Wahrheit. Ziehen wir daraus für einmal die Schlüsse. Vor vier Jahren, bei den letzten Nationalratswahlen, ging bei einer Beteiligung von 46,5 Prozent nicht einmal mehr jede(r) zweite Stimmbürger/-in an die Urne. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter brachten eine etwas höhere Beteiligung, Mitglieder von Angestelltenorganisationen waren beim Wählen noch etwas fleissiger. Folgt dem Rekordtief von 1987 in diesem Herbst ein erneuter Rückgang? Diesmal dürfen die 18jährigen mitmachen'. Aber vier von zehn Schweizer Jugendlichen können mit Politik nichts, aber auch gar nichts anfangen, zeigt die Rekrutenbefragung. Darf sich das Bundespersonal und das übrige öffentliche Personal von dieser politischen „Null-Bock-Stimmung“ anstecken lassen? Nein, und nochmals nein, sonst erhält es die Quittung umgehend in die Hand gedrückt.

### **Dem Bundespersonal wird nichts geschenkt**

Die letzten Jahre haben es wiederum deutlich gezeigt: Das Bundespersonal muss auch im Parlament um jeden Fortschritt kämpfen! Arbeitgeber- und Gewerbevertreter, rechtsbürgerliche Kreise und andere Bremser/-innen stellen die zwischen Bundesrat und Verbänden ausgehandelten Verbesserungen in Frage wie auch die generelle Realloohnerhöhung auf 1. Juli 1991. Oder der Bundesrat selbst vergisst die Regeln der Partnerschaft und die ausgehandelten Termine, und wir mussten ihn im gewerkschaftlichen Kampf und in den eidgenössischen Räten erfolgreich eines Besseren belehren.

### **Erfolge**

Zusammen mit meinen gewerkschaftlichen Kolleginnen und Kollegen und der übrigen SP-Fraktion konnte ich im letzten Jahr im Nationalrat einiges für das Bundespersonal und die sozial schwächeren Schichten unseres Landes tun. Wir haben die allgemeine Realloohnerhöhung auf 1. Juli durchgebracht. Wir haben den unsozialen Antrag Allenspach (keine generelle Realloohnerhöhung, alles „leistungsorientiert“ bachab geschickt. Wir konnten die Erhöhung der Kinderzulage von 10 auf 20 Prozent verdoppeln. Ich will keine Besoldungspolitik à la Allenspach oder Blocher, ich will gerechte und rechte Löhne für alle. Beim neuen Fernmeldegesetz haben wir das Netzmonopol der PTT weitgehend gerettet und damit den Normalkunden und den Rand- sowie Bergregionen die Versorgung mit günstigen Fernmeldedienstleistungen gesichert. Ich will keine PTT, die nur noch den Banken und den Versicherungen dient, ich will eine PTT, die uns allen gute Dienstleistungen bringt.

### **Eine entscheidende Zeit**

Wir wählen im Herbst ein neues Parlament für eine entscheidende Zeit. Finden wir den Anschluss an Europa und können wir auf dessen soziale, ökologische und demokratische Ausgestaltung einwirken? Kriegen wir die Kurve für eine gerechte Steuerpolitik und für die Sanierung der Bundesfinanzen? Oder setzen sich die Nein-Sager aus Gewerbeverband, die Scharfmacher aus SVP und Freisinn nochmals durch? Steuerliche Entlastung der Gutbetuchten, Belastungen der kleineren und mittleren Einkommen, sparen bei den Sozialwerken und sicher auch beim Bundespersonal wären die direkten Folgen. Wer dies nicht will, der benütze im Oktober die richtigen Wahllisten. In der Papiersammlung vom November sind sie wertlos.

### **Zum Beispiel Teuerungsausgleich**

Das Bundespersonal hat besonders gute Gründe, das Wahlrecht auszunützen. Als eines der ersten Geschäfte wird sich das neue Parlament mit den Grundsätzen des Teuerungsausgleichs an das Bundespersonal für die Jahre 1993 bis 1996 befassen müssen. Wir wollen den indexorientierten Teuerungsausgleich mit einer verbesserten Minimalgarantie weiterführen, damit dem Bundespersonal die Kaufkraft der Löhne möglichst gut erhalten bleibt. Es gibt eine ganze Reihe von Leuten, die bei diesem Geschäft vielmehr ans Sparen und an die Sanierung der Bundesfinanzen denken werden.

### **Zum Beispiel mehr Freizeit**

Wir wollen nächstens die 40-Stunden-Woche für das Bundespersonal nach individuellen Bedürfnissen auch mit mehr zusammenhängender Freizeit - verwirklichen. Dazu brauchen wir mehr Stellen, die das Parlament bewilligen muss. Wir steuern auf eine Totalrevision des Beamtengesetzes zu, bei der gewichtige Leute die hohe soziale Sicherheit des Bundespersonals in Frage stellen. Bei der 10. AHV-Revision werden die Weichen für die Weiterentwicklung des flexiblen Altersrücktrittes gestellt und zusammen mit der Diskussion um die Freizügigkeit und um die erste Revision des Gesetzes über die berufliche Vorsorge (BVG) Vorentscheide für die nächste grosse Revision unserer Pensionskasse getroffen. Ob bei all diesen Entscheiden die Interessen des Bundespersonals ein- und durchgebracht werden können, hängt davon ab, ob dieses seine Vertreter in den Wahlen unterstützt und durchbringt. Kolleginnen und Kollegen, wählt im

Oktober, ruft auf zum Wählen, und stimmt für Eure Vertrauensleute. Es braucht sie nämlich In den nächsten vier Jahren.

Georges Eggenberger Präsident des Föderativverbandes des Personals öffentlicher Verwaltungen und Betriebe, dem auch der VPOD angehört. Er kandidiert im Kanton Bern auf der Liste „Sozialdemokraten und Gewerkschaften“ (Liste Nr. 4, Kandidaten-Nummer 04.01.4) für den Nationalrat.

Georges Eggenberger.

Der öffentliche Dienst, 27.9.1991.

Personen > Eggenberger Georges. Nationalratswahlen 1991. OeD, 1991-09-27